



INFOBRIEF

Eisenstadt, 04.10.2021

Betreff: Präsidium/Landesvorstandssitzung GVV - Information

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir als GVV-Team wollen die wichtigsten Informationen aus den jeweils letzten Präsidiums- und Landesvorstandssitzungen des GVV Burgenland unseren Gemeinden, Funktionärinnen und Funktionären mitteilen, um weiter eine hohe Qualität des Informationsaustausches zwischen dem GVV, seinen Mitgliedsgemeinden und Kommunalmandatäre zu gewährleisten. Die letzte GVV Landesvorstands- und Präsidiumssitzung fand Montag, den 27.09.2021 statt.

1. GVV Internes

- ✓ SPÖ LGF Fürst und 2. GVV LGF Hafner berichten über den Vorbereitungsstand der Gemeinderatswahlen sowie die Bürgermeisterwechsel in den Gemeinden und die gewonnene Bürgermeisterwahl in Heugraben. Der GVV Burgenland freut sich dabei über den 84. SPÖ Bürgermeister. Am 5. September gab es in der südburgenländischen Gemeinde Heugraben vorgezogene Bürgermeisterwahlen. Dabei wurde SPÖ-Kandidat Walter Zloklikovits mit 65% der WählerInnenstimmen neu ins Bürgermeisteramt gewählt. Der GVV Burgenland hält nun bei 84 SPÖ Bürgermeistern, davon 8 Bürgermeisterinnen. Dazu kommen 2 Listengemeinden, die beim GVV Mitglied sind. Der GVV ist damit mit 86 Mitgliedsgemeinden weiter die größte kommunale Interessensvertretung des Burgenlandes.
- ✓ In ca. 20 GVV Mitgliedsgemeinden ist ein Bürgermeisterwechsel geplant bzw. wurde er bereits durchgeführt.

2. Jagdgesetz und Jagdausschusswahlen

- ✓ Das Burgenländische Jagdgesetz 2017 und die darauf beruhenden Verordnungen legen fest von wem und unter welchen Bedingungen das Jagdrecht ausgeübt werden darf.
- ✓ Über 7.000 Jägerinnen und Jäger bejagen im Burgenland 336 Genossenschafts- und 143 Eigenjagdgebiete mit einer reinen Jagdfläche von rund 393.700 ha. Die durchschnittliche Größe eines Burgenländischen Jagdreviers beträgt ca. 822 ha, wobei sich die größten Reviere im Nordburgenland befinden.
- ✓ Durch die Verpachtung des Jagdrechtes wird ein jährlicher Betrag ca. 6,8 Millionen Euro lukriert, der für den Bau von land- und forstwirtschaftlichen Wegen oder Bodenschutzanlagen verwendet wird.
- ✓ Der Initiativantrag zum Jagdgesetz der SPÖ besiegelt das Ende der Gatterjagd im Burgenland.
- ✓ Ein gesonderter, praxisnaher Infobrief zu den Modalitäten der unmittelbar anstehenden Jagdausschusswahlen neu wird seitens des GVV noch an alle Gemeinden zeitnah versendet.

3. Finanzen (aus dem Österreichischen Gemeindebund)

- ✓ Neben den 100 Mio. (Strukturfonds) und den 400 Mio. (frisches Geld v.a. zum Ausgleich der negativen Zwischenabrechnung) hat der Bund für 2021 bis zu 1.000 Mio. EUR an Sonder-Vorschüssen zur Liquiditätsstärkung zugesagt.
- ✓ Mit der aktuellen Wachstumsdynamik ist für das Jahr 2021 für das Burgenland auch ein Anstieg der Gemeindeertragsanteile von 12,5% gegenüber dem schwachen Jahr 2020 zu erwarten.
- ✓ Die zusätzlichen Sonder-Vorschüsse sind ganz normale Ertragsanteile (keine gesonderte Verbuchung nötig!), die 2023 bis längstens 2026 wieder vierteljährlich über die Vorschüsse einbehalten werden.
- ✓ Entgegen der Behauptung der ÖVP, es handle sich dabei um ein nicht rückzahlbares Darlehen, hat der GVV mit gemeindespezifischen Berechnungen in einem Infobrief den Rückzahlungsbetrag herausgerechnet, um die Gemeinden vor einer möglichen Schuldenfalle zu warnen.
- ✓ Der GVV Burgenland besteht jedenfalls weiterhin darauf, dass diese Vorschüsse spätestens bei den nächsten FAG-Verhandlungen in nicht rückzahlbare Zuschüsse umgewandelt werden müssen. Jedenfalls hat der GVV die nunmehrige Meinung der ÖVP, dass aufgrund der aktuellen Ertragsanteilsentwicklung die Sonder-Vorschüsse gar nicht ausbezahlt werden sollten, klar abgelehnt.
- ✓ Die von der SPÖ und dem GVV geforderte volle Abgeltung des Covid-19 Einnahmenausfalls in der Höhe von mind. 250 Euro pro Einwohner, stehen nämlich lediglich 46 Euro pro Einwohner tatsächlich frisches Geld (und das hauptsächlich für die 119 Strukturfondsgemeinden im Burgenland) gegenüber.

Anmerkung: der Strukturfonds für diese Gemeinden wurde beim letzten FAG 2017 maßgeblich durch den GVV Burgenland erkämpft. Für diese burgenländischen Strukturfondsgemeinden (finanzschwache und Abwanderungsgemeinden) werden ca. 10,3 Millionen Euro ausgeschüttet.

Steuerreform 2022 (ÖKO-Steuer):

- ✓ Wie medial kolportiert wurde, soll am 13.10.2021 die „ÖKO-Steuer“ stehen und bis zu 4 Mrd. EUR (v.a. über die Besteuerung von Kohlendioxid) einspielen. Die Steuerpflichtigen sollen im Gegenzug mit Senkungen der Lohn- und Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer entlastet werden. Näheres ist noch nicht bekannt, für den GVV ist jedoch klar, dass jede neue Steuer (egal ob in einem novellierten oder neu erlassenen Gesetz) in den Katalog der gemeinschaftlichen Bundesabgaben kommen muss – denn schließlich müssen die Gemeinden auch die avisierten Steuerentlastungen mittragen.

FAG-Verlängerung und Maastricht-Defizit:

- ✓ Das Defizit des Bundes betrug 2020 fast 30 Mrd. Euro, jenes der Länder mit Wien knapp 3 Mrd. EUR. Die Gemeinden (ohne Wien) sind mit einem 2020er Defizit von etwas über 800 Mio. EUR noch am besten davongekommen.
- ✓ Dementsprechend schwierig wird es sein, die Corona-Vorschüsse für die Gemeinden zu verhandeln. Der bestehende FAG wird jedenfalls einmal um 2 Jahre verlängert.
- ✓ Die grundsätzliche Einigung der FAG-Partner auf eine zweijährige Verlängerung des FAG 2017 ist zwar bereits vor Monaten gefallen, es spießt sich jedoch bei der Krankenanstalten-Finanzierung

(dort sind die SV-Träger mit ihren Beitragseinnahmen gedeckelt – somit tragen Länder und Gemeinden das resultierende Delta) und auch bei der Abgeltung verschiedener Corona-Maßnahmen der Länder.

Primärversorgungseinheiten und ärztliche Versorgung:

- ✓ Das Gesundheitsministerium hat auch für die Stärkung der Primärversorgung Mittel aus den EU-Zuschüssen beantragt und zugesprochen bekommen.
- ✓ Derzeit gibt es in Österreich 28 Primärversorgungseinheiten (davon fast ausschließlich Primärversorgungszentren). An den heimischen rund 3,5 Mrd. EUR an ARF-Zuschüssen der EU stehen sohin gut 100 Mio. EUR bis einschließlich 2026 zur Verfügung. Davon rund 76 Mio. EUR für PVE, 14 Mio. EUR für Projekte zur Verbesserung der Energieeffizienz, E-Mobilität, digitale und räumliche Infrastruktur etc., 10 Mio. EUR für eine Plattform für Primärversorgung, Öffentlichkeitsarbeit etc.
- ✓ Die türkis-grüne Bundesregierung hat aber leider einen SP-Antrag für die Erhöhung der Studienplätze in der Ärzteausbildung abgelehnt.

3. Commerzialbank-Pleite Auszahlungen

- ✓ Es wurde bzgl. der Auszahlung der Abkäufe der finanziellen Schäden durch die Commerzialbankpleite seitens des Landes von Vorstandsmitgliedern gefragt. Es konnte berichtet werden, dass die gemeindespezifisch zu berechnenden Forderungsabkäufe noch vor Ende des Jahres an die betroffenen Gemeinden ausbezahlt werden soll.

4. Entschädigung der Mitglieder von Wahlbehörden

- ✓ Die Novellierungen der GemWO und der LTWO sehen - neben Anpassungen an Bestimmungen der NRW - auch eine Entschädigung von Mitgliedern der Wahlbehörden (außer Bürgermeister/in) bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen sowie bei Landtagswahlen vor. Pro Wahlereignis soll es eine Pauschalentschädigung in Höhe von 1% des monatlichen Bezugs eines NR-Mitglieds (~ 91 Euro) geben (bei mehr als 5h Anwesenheit für die gesamte Tätigkeit eines Mitglieds, unter 5h die Hälfte.) Der GVV und Städtebund Burgenland wollen dabei sichergestellt haben, dass es bei nicht die Gemeinden unmittelbar betreffenden Wahlen (LTW) eine Entgeltung für die Gemeinden gibt.

Wir hoffen, Euch mit diesen Informationen gedient zu haben!

Mit besten Grüßen

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV

Mag. Herbert Marhold
1.Landesgeschäftsführer GVV

Patrick Hafner, BA
2.Landesgeschäftsführer GVV

Alle Formulierungen gelten auch in der weiblichen Form!

